

Westendbote

informativ kritisch sozialdemokratisch

Stadtteilzeitung seit 1976 – Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Westend

Wien, die mieter- freundliche Metropole



Ein 1995 nach Plänen von Viktor Hufnagl fertiggestellter Gemeindebau im Wiener Bezirk Floridsdorf – © Bwag/Wikimedia

Die Wiener Wohnbaupolitik genießt seit Jahrzehnten große internationale Beachtung. Wien gilt als eine der sichersten und lebenswertesten Metropolen, wofür das bezahlbare Wohnen eine wesentliche Grundlage ist. Hier leben 60 Prozent der Bewohner in geförderten Wohnungen oder Gemeindewohnungen. Dieses Ausmaß wirkt auf den Mietpreis im gesamten Wohnungsmarkt.

In Wien setzt man nach wie vor auf Objektförderung, während in Deutschland längst, aus neo-liberalen Motiven, weitgehend auf Subjektförderung in Form von Wohnbeihilfen (z.B. Wohngeld) umgestellt wurde. Objektförderung gilt hingegen als einziges Mittel, um architektonische, bauliche und ausstattungs-mäßige Qualität von sozial geförderten Wohnungen zu gewährleisten.

Soziale Wohnversorgung

Das System der sozialen Wohnversorgung funktioniert hier durch eine enge Verzahnung von Wohnbauförderung und gemeinnützigen

Bauvereinigungen. Letztere erhalten steuerliche Begünstigungen und sind privilegierte Fördernehmer, unterliegen jedoch geregelten Mietpreisen und Auflagen zu weiterem Neubau. Sie dürfen keine Gewinne machen, nur Rücklagen bilden, die dann weiter in den Wohnungsbau investiert werden müssen, der nicht ausschließlich geförderter Wohnbau sein muss. Jedes geförderte Wohnbauprojekt muss einen langen Kriterienkatalog erfüllen. Ökonomie, Ökologie, Energiebilanz, faire Mietverträge, soziale Nachhaltigkeit (z.B. Betreuung des Baus, gemischte Wohnformen, Gemeinschaftsanlagen) werden bewertet. Ein wesentlicher Aspekt ist die soziale Durchmischung, gesteuert vor allem durch recht hohe Einkommensgrenzen, bis zu welchen ein Anspruch auf eine geförderte Wohnung besteht. In geförderten Wohnungen leben viele Menschen, die sich auch auf dem privaten Markt versorgen könnten, jedoch bei geringerer Wohnqualität. Dabei gilt im öffentlich geförderten Sektor das lebenslange Mietrecht. Man

verliert die Wohnung nicht, wenn man später mehr verdient.

Die städtischen Wohnhausanlagen werden von einem Amt der Stadt verwaltet, saniert und bewirtschaftet. „Hausbesorger“ betreuen „Stiegenhäuser“. Ein Mieterbeirat hat Mitspracherecht bei Erhaltung und Verbesserung, Betriebskosten, Gemeinschaftseinrichtungen und mehr. Ein Service-Angebot stärkt die Hausgemeinschaften z.B. bei Nachbarschaftskonflikten. Regelmäßig werden auch große, wissenschaftlich begleitete Mieterbefragungen durchgeführt.

Wien, schnell wachsende Stadt

Wien ist dabei eine der am schnellsten wachsenden Städte Europas. Das derzeitige Wachstum begann schon mit der Öffnung Osteuropas. Die Stadt wächst mit, das Wachstum gelingt aber nur durch vorausschauende Rahmensetzung. Im geförderten Wohnungsbau sind die Grundstückskosten limitiert. Und da dieser der größte Marktteilnehmer ist, wirkt das auf den gesamten Markt. Dazu kommt eine Bodenbevorratung mit Weitblick. Ein kommunaler Wohnfonds kauft kontinuierlich Grundstücke an und verkauft sie an Bauträger für geförderte Wohnungsbauvorhaben weiter. Somit ist der geförderte Wohnbau der starke Motor der Stadtentwicklung. Der Wohnfonds schreibt Bauträgerwettbewerbe mit strengen Richtlinien aus. Dabei gibt es auch Mischformen, die z.B. frei finanzielle und geförderte Wohnungen im gleichen Wohnhaus erlauben. Aktuell gibt es Bestrebungen die Bodenbevorratung noch zu verstärken und die Flächen nur für 90 Jahre im Baurecht zu vergeben und sie nicht zu verkaufen, um sie langfristig als gemeinnütziges Eigentum zu behalten. Wohnungspolitik äußert sich prinzipiell im regulierenden Eingreifen der öffentlichen Hand in den Wohnungsmarkt. Auch Wien muss da weiter vorausschauend steuern.

Autor: **Stefan Meditz**
SPD-Ortsverein Westend

Den Grüneburgpark schützen, Wohnbebauung verhindern!



Der Grüneburgpark – © Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main

Der Grüneburgpark, vielfach geschunden, von allen geliebt, ist der Rückzugsort für die Bevölkerung nicht nur aus dem Westend. Ohne ihn wären die Sommer in der Stadt noch unerträglicher, noch heißer, noch stickiger. Mit 29 Hektar erstreckt er sich heute, leicht ansteigend Richtung Norden, von der August-Siebert Straße im Osten bis zum Botanischen Garten und dem Palmengarten im Westen. Im Norden ist er begrenzt durch die Miquelallee, im Süden durch die Fürstenbergerstraße und den Grüneburgweg. Mit seinem alten Baumbestand, seinen weiten Wiesen, seinen geschwungenen Wegen und seiner historischen Bedeutung wegen, hat er mit Recht den Status eines Gartendenkmals und ist als Landschaftsschutzgebiet in seinem Bestand geschützt.

Um so größer war der Schock bei der Frankfurter Bevölkerung, als sie über die lokale Presse von der Absicht der Stadt erfahren musste, daß geplant war, hochpreisige Eigentumswohnungen im Grüneburgpark zuzulassen.

Dies war Inhalt einer 2016 verfassten Absichtserklärung zwischen dem damaligen Planungsdezernenten Cunitz (GRÜNE) und dem Land Hessen, vertreten durch die Hessische Finanzstaatssekretärin Bernadette Weyland (CDU), die jetzige Oberbürgermeister-Kandidatin der CDU für die Stadt Frankfurt.

Im 14. Jahrhundert, entstanden als Teil eines Gutshofs, wurde das Kerngelände des jetzigen Grüneburgparks 1789 von dem Bankier Peter Heinrich von Bethmann-Metzler erworben und erweitert zum Schloss Grüneburg. 1837 kaufte die Familie Rothschild das Schloss und das anliegende Gelände, das durch Zukauf bis zur heutigen Miquelallee vergrößert und 1877 zu einem Landschaftspark im Stil eines Englischen Gartens umgestaltet wurde.

In den 1930er Jahren erwarb der IG-Farben Konzern von der Familie Rothschild große Teile des Geländes des heutigen Grüneburgparks. Gleichzeitig hatte die Stadt Frankfurt ihr Interesse an dem am westlichen Rand gelegenen Gebiet bekundet. Es bestand aus dem heutigen Gelände des ehemaligen Biologie Campus der Universität Frankfurt sowie dem Gelände des Kinderzentrums KIZ 112 und des Verkehrsübungsgartens. Im Austausch erhielt der IG-Farben Konzern das östlich gelegene Gebiet der ehemaligen sogenannten Irrenanstalt. Der Verkauf des Geländes durch die seit Jahrhunderten in Frankfurt lebende Familie Rothschild an die Stadt und an den IG-Farben Konzern erfolgte natürlich nicht freiwillig, denn sie war Teil des Bestrebens des Naziregimes, Juden aus Deutschland zu vertreiben.

Die Stadt suchte „ein für städtische Kulturzwecke geeignetes Gelände in Anlehnung an den Palmengarten zu erhalten“ und verpflichtete sich, das Gebiet nur für gartenkulturelle Zwecke zu verwenden.

tete sich, das Gebiet nur für gartenkulturelle Zwecke zu verwenden.

Die Gelände des ehemaligen Biologie Campus, des Kinderzentrums KIZ 112 und des Verkehrsübungsgartens sind Teil des Grüneburgparks und daher Bestandteil des Kulturdenkmals Grüneburgpark und in der Frankfurter Denkmaltopografie als ein zusammenhängendes Gebiet von Palmengarten, Botanischem Garten sowie Grüneburgpark vermerkt. Es steht daher unter dem gleichen Schutz wie das restliche Parkgelände.

Nachdem 2014 der Biologie Campus der Universität auf den Campus Riedberg umgezogen war, wurde das Gelände interessant für die Wohnraumspekulation. Es gab dazu eine Absichtserklärung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt, vertreten durch den Planungsdezernenten Cunitz (GRÜNE), das Gelände u.a. für hochpreisigen Wohnungsbau zu entwickeln. Handelt es sich doch dabei um eine Toplage zwischen Palmengarten und Botanischem Garten.

Vorgesehen war, die frei werdenden Flächen des Kinderzentrums KIZ 112 und des Verkehrsübungsgartens als allgemeines Wohngebiet auszuweisen und mit 130 Wohnungen (davon 30% geförderte Mietwohnungen) in bis zu 7 Stockwerken zu bebauen. Die Ausweisung als allgemeines Wohngebiet würde auch den Bau von Geschäften und Restaurants ermöglichen.

Im August 2017 hat der neue Planungsdezernent Mike Josef (SPD) dieses Vorhaben in Frage gestellt. Das Gelände ist nun als neuer Standort für eine Grundschule (wenn möglich mit einem Schwerpunkt im Bereich Biologie und Natur, wie in den 1930er Jahren vereinbart) im Gespräch. Eventuell nicht genutztes Gelände soll entsiegelt und dem Grüneburgpark zugeschlagen werden. Da eine Wohnbebauung sich nicht nur aus klimatologischen Gründen sondern auch wegen der in den 1930er Jahren vereinbarten Nutzungsbindung verbietet, unterstützt der SPD Ortsverein Westend die Vorhaben des jetzigen Planungsdezernenten den Grüneburgpark zu erweitern.

Autor: **Hermann-Josef Birk**
SPD-Ortsverein Westend

Das Westend vor 50 Jahren – Der Frankfurter Häuserkampf und seine Lehren



Das Gesicht des Westends heute: Altbau und Glas – CC pixabay.com

„Geschichte wiederholt sich“, sagen viele. Sie wiederholt sich entweder als Farce, oder als Tragödie, sagte Marx. Ein Blick um 50 Jahre zurück, in das politisch unruhige Jahr 1968, richtet unsere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer umsichtigen und alle lokalen Interessen berücksichtigenden Entwicklungsplanung für das Westend, die vor radikaler Umgestaltung des Viertels und miete-feindlichen Maßnahmen schützen muss.

Fünffingerplan

Im Jahr 1968 wurde mit dem „Fünffingerplan“ für das Frankfurter Westend eine Umgestaltung unseres Viertels beschlossen, die gravierende Auseinandersetzungen provozieren sollte. Die Absichten waren gut, denn grundsätzlich entsprach man sozialdemokratischer Stadtplanung mit einer funktionalen Trennung von Wohnen und Arbeit. Allein die Umsetzung ging fehl. Den Bombenhagel des Krieges hatte das Westend vergleichsweise unbeschadet überlebt. Die zentrale Lage des einst als Wohnraum für das Großbürgertum etablierten Viertels innerhalb der rasant gewachsenen Stadt weckte Begehrlichkeiten. Ein Standort für Handel, Banken und Versicherungen sollte es werden. Kein Wohnviertel mehr, sondern ein Wachstumsmotor der Stadt. Ausgehend vom Opernplatz sollte an fünf Entwicklungsachsen („Fingern“) – Taunusanlage, Kettenhofweg, Bockenheimer

Landstraße, Reuterweg und Oberlindau – die „alte“ Bausubstanz entfernt werden und neue Bürogebäude entstehen. Der Immobilienspekulation wurde im Namen des Fortschritts Tür und Tor geöffnet. Viele wollten am erwarteten Geldsegen teilhaben. Bislang nur teilweise entmietete Gebäude wurden in katastrophaler Weise überbelegt, um auch die letzten Mieter zu vertreiben. Heizungen und sanitäre Anlagen wurden nicht mehr gewartet, die Verbreitung von Ungeziefer bewusst nicht eingedämmt. Mit aller Macht sollte Platz geschaffen werden für neue, finanziell einträglichere Flächen.

Aktionsgemeinschaft Westend

Um der rücksichtslosen und brachialen Umgestaltung entgegenzuwirken, gründeten besorgte Bürger im Jahr 1969 die „Aktionsgemeinschaft Westend“ (AGW) und machten bald mit Aktionen, wie der Aufrechterhaltung der Kastanienbäume in der Bockenheimer Landstraße, auf sich aufmerksam. Doch die schwerwiegenden Eingriffe in das Leben der Bürger führten auch zu gewalttätigem Protest. Im Herbst 1970 erfolgten die ersten Hausbesetzungen, welchen die Behörden unter massivem Einsatz der Polizei zu kontern versuchte. Insbesondere um das besetzte Haus Grüneburgweg 113 tobten im Jahr 1971 erbitterte Straßenschlachten. Die Ausein-

dersetzungen wurden dabei mit solcher Härte geführt, dass die Polizei auch mit gezogener Waffe gegen Demonstranten vorgegangen sein soll. Erst nach der gewalttätigen Eskalation wurden mit der 1972 erlassenen Hessischen Verordnung gegen Wohnraumzweckentfremdung der unbegrenzten Grundstücksspekulation im Westend Grenzen gesetzt. Die Lage beruhigte sich, doch die Kernproblematik des Spannungsfeldes zwischen finanziellen und bürgerlichen Interessen blieb.

Die Geschichte lehrte uns im Laufe der turbulenten Ereignisse vor 50 Jahren, dass eine rücksichtslose und einseitige Bauplanung erheblichen sozialen Sprengstoff birgt. Doch nicht alle lernen auch aus der Geschichte. Was früher der Wunsch nach Raum für den Dienstleistungssektor war, ist heute der Wunsch nach der eintönigen, aber einträglichen Neuerrichtung von luxuriösem Wohnraum. Die Politik tut gut daran, im Zuge dieser Entwicklung die Bedürfnisse und Sorgen der Bewohner des Westends nicht aus den Augen zu verlieren. Mietervertreibung, wie sie auch heute noch im Westend stattfindet, darf keinesfalls toleriert werden.

Autor: **Daniel Schwab**
SPD-Ortsverein Westend



Vertrauen in unser Frankfurt

Am 25. Februar finden in Frankfurt Oberbürgermeisterwahlen statt. Oberbürgermeister Peter Feldmann spricht in dem nachfolgenden Interview über die Ergebnisse seiner Amtszeit, seine Pläne für eine mögliche nächste Amtsperiode und seine Vision für die Mainmetropole.

Wie sieht Deine persönliche Bilanz nach sechs Jahren als Frankfurter Oberbürgermeister aus?

Wir sind eine europäische Metropole. In aller Bescheidenheit möchte ich sagen: Frankfurt ist in den letzten sechs Jahren noch stärker geworden. Das gibt uns die Möglichkeit noch mehr in den Zusammenhalt zu investieren. Die Zukunft unserer Kinder noch stärker in den Blick zu nehmen und in bezahlbare Wohnungen zu investieren. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenzahl seit Jahrzehnten und Rekorderlöse bei der Gewerbesteuer. Frankfurt ist sehr, sehr stark. Diese Stärke muss jetzt allen zu Gute kommen.

Welche Vorhaben aus Deinem Wahlprogramm konntest Du sichtbar realisieren?

Senkung der Fahrpreise bei Bussen und Bahnen. Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in unsere Museen. Den Mietenstopp. Verdoppelung der Mittel für bezahlbare Wohnungen. Ein neues Viertel, um Nachverdichtung, z.B. im Westend zu verhindern. Senkung der Arbeitslosigkeit. Stärkung der Wirtschaft. Die U5 ins Europaviertel ist im Bau. Die Reform der Verwaltung, damit unsere Schulen endlich in Ordnung gebracht werden, ist durchgesetzt.

Neben den vielen Anhängern hast Du auch Kritiker, die ein klares Profil Deiner Politik vermissen. Wie lautet Deine Antwort?

Mir wird ja vieles vorgeworfen, aber mangelndes Profil eher selten. Mein Ziel ist der Zusammenhalt unseres Frankfurts, damit niemand unter die Räder gerät. Ich will ein Oberbürger-

meister für alle sein: Für das Romantikmuseum, das ich gemeinsam mit meiner Vorgängerin Petra Roth durchgesetzt habe und für unsere neue Altstadt. Aber eben auch für die Vereine in den Stadtteilen und für Menschen, die vom Fluglärm betroffen sind.

Die Konkurrenz in diesem Wahlkampf ist größer als noch vor sechs Jahren. Welche Themen werden dieses Mal für Dich im Vordergrund stehen?

Der Zusammenhalt unserer Stadt, also bezahlbare Wohnungen, gute, kostenlose Krabbelstuben und Kitas. Die Betreuungsgarantie. Ein lebenswertes Frankfurt und weiterhin ein herausragendes Kulturangebot. Unsere Internationalität sehe ich als eine der Grundlagen für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Darum bin ich für Integration und Akzeptanz und gegen Ausgrenzung und Hass.

Wie ist Deine Vision von Frankfurt im Jahr 2024 – also am Ende der nächsten Legislaturperiode?

Die neue Altstadt ist wie die Ostzeile und das Museumsufer zu einem Teil der Identität unserer Stadt geworden. Wir haben es geschafft, die Mieten zu stabilisieren und Frankfurter Familien können sich das Leben in unserer Stadt leisten. Der Flughafen prosperiert, aber es herrscht Frieden mit seinen Anwohnern. Die Eintracht spielt in der Europa-League. Die von mir genannten großen Infrastrukturprojekte sind realisiert oder kurz vor dem Abschluss. In unserem neuen Viertel pulsiert das Leben. Kindergeschrei auf den Spielplätzen und ge-

meinschaftliche Wohnformen zu bezahlbaren Mieten machen das Viertel zu einem beliebten Teil unserer Stadt. Der Grüngürtel wurde nicht angetastet und sogar ausgebaut, aber die Industrie nicht vertrieben. Wir sind immer noch Europastadt und in Frankfurt gibt es einen lebhaften Dialog zwischen den Religionen und Kulturen. Unsere Kinder gehen in gute, kostenlose Kitas und unsere Schulen sind in einem Zustand, der sich sehen lassen kann. Die Betreuungsgarantie ist eine Selbstverständlichkeit und wenn Besucher nach Frankfurt kommen, dann zeigen wir ihnen unsere neue Oper und unser neues Schauspiel. Und nach der Vorstellung laden wir sie auf einen Schoppen ein: Dort, wo Frankfurt am schönsten ist, in unseren Stadtteilen...

Die Fragen stellte: **Dr. Susanna Keval**
SPD-Ortsverein Westend

**WIR FÜR
FRANKFURT**

FELDMANN